

# „Niedersachsen geht einen Sonderweg“

## Schäden durch Ölbohrungen kaum zu beweisen

**mi. Seevetal.** Hauseigentümer, die vermuten, dass die Schäden an ihren Gebäuden durch Öl- oder Gasbohrungen in der Nähe verursacht werden, haben in Niedersachsen schlechte Karten, diesen Umstand zu beweisen oder Schadenersatz einzufordern. „Niedersachsen geht hier einen Sonderweg, zugunsten der Rohstoffindustrie und zu Lasten der Bürger“, erklärte dazu Vermessungsingenieur Peter Immekaus. Anlass war ein Infoabend in Fleestedt, zu dem die Bürgerinitiative „Kein Fracking in der Heide“ eingeladen hatte.

In seinem Vortrag führte Immekaus aus, dass Niedersachsen im Gegensatz zu anderen Bundesländern Rohstofffirmen nicht dazu

verpflichtet, Bodenbewegungen zu dokumentieren. Dazu kommt das zuständige Landesbergamt (LBEG) betrachtet Daten über Verwerfungen und tektonische Störungen offenbar als Staatsgeheimnis und stellt sie bisher Bürgern grundsätzlich nicht zur Verfügung. Gerade diese Informationen seien aber immens wichtig, um einen Zusammenhang zwischen Rohstoffförderung und Gebäudeschäden festzustellen, erklärte der Experte. Ingo Engelmann, Sprecher der BI, kündigte an, dass auch dieser Aspekt sicherlich Thema sei bei einem geplanten Gespräch mit dem Präsidenten des LBEG. Dort werde man mehr Transparenz und Offenheit von der Behörde fordern.